

Die Schweiz und der Rohstoffhandel

Was wissen wir? Bilanz und Ausblick

Die Schweiz ist in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Handelsplätze für Rohstoffe aus aller Welt geworden. Dieser Aufstieg ist jedoch begleitet von Sorgen um Transparenz, angemessene Regulierung und Risiken für rohstoffexportierende Entwicklungsländer. Es mehren sich Beweise, dass Rohstoffhandel und -gewinnung auf exportierende arme Länder nicht nur positive, sondern auch nachteilige Auswirkungen haben. Dazu gehören die Risiken einer wenig diversifizierten Entwicklung, politische Korruption, Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen. Gleichzeitig besteht ein ausgeprägter Mangel an wissenschaftlicher Forschung zur Rolle von grossen Rohstoffhandelsplätzen wie der Schweiz, wo wichtige Rohstoffe wie Erdöl, Metalle und Getreide gehandelt werden und Rohstoffunternehmen ihre Hauptsitze haben. Könnte eine veränderte Politik in der Schweiz den Rohstoffsektor nachhaltiger und für beide Seiten gewinnbringender machen? Dieses Faktenblatt umreissst die grössten Herausforderungen, Wissenslücken und Forschungsfragen zur Rolle und Verantwortung der Schweiz als führender Rohstoffhandelsplatz. Zudem zeigt es auf, welche Wege Forschung und Politik in Zukunft einschlagen könnten.

Krisen führen zu Nachforschungen

Seit Jahren weisen Forschende auf die besorgniserregende Tatsache hin, dass rohstoffproduzierende Länder oft arm und verschuldet bleiben und damit einem postulierten «Ressourcenfluch» zum Opfer fallen.¹ Viele fordern Studien zu den systemischen Ursachen dieses Umstands. Dazu zählen auch unzureichende globale Regelungen und Politiken reicher Länder (z. B. zur Besteuerung multinationaler Unternehmen), die den Abfluss von Steuereinkünften aus Entwicklungsländern begünstigen.

Doch erst im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrisen seit 2008 sind Themen wie globale Ungleichheiten, Verschuldung, Gewinnverlagerung und das Bankgeheimnis in den öffentlichen Fokus gerückt. Der Ruf nach politischen Reformen in diesen Bereichen wurde nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industriestaaten lauter. Die politisch Verantwortlichen einiger der mächtigsten Staaten der Welt sahen sich plötzlich unter Druck, ihre eigene Verschuldung anzugehen und den Abfluss von Steuereinkünften zu verhindern. Die zunehmende Durchleuchtung der globalen Finanz- und Bankenbranche hat sich seither auf andere Branchen ausgeweitet, die als undurchsichtig gelten und von denen befürchtet wird, dass sie auf

unfaire Weise von Gesetzeslücken und Möglichkeiten zur Steuervermeidung profitieren – so auch auf den Rohstoffhandel.²

Die Schweiz – ein wachsender Handelsplatz

Die Schweiz ist unter anderem dank ihrer Stabilität, ihrer Stellung als Finanzzentrum und sogar dank ihrer Zeitzone zu einem führenden globalen Rohstoffhandelsplatz geworden. Das wenige erhältliche Zahlenmaterial belegt ihren raschen Aufstieg und ihre bedeutende Position. Als kleines Binnenland abseits der meisten physischen Handelsrouten bestreitet sie heute mindestens ein Drittel des weltweiten *Transithandels* mit wichtigen Rohstoffen wie Erdöl, Metallen und Agrargütern (Abb. 1).³ Dabei kaufen hiesige Unternehmen Rohstoffe von ausländischen Lieferanten und verkaufen sie an ausländische Kunden weiter, ohne dass die Güter je Schweizer Boden berühren. Die Nettoerträge aus dem Schweizer Transithandel haben sich zwischen 2003 und 2011 von 2 Mrd. auf 20 Mrd. Schweizer Franken verzehnfacht.⁴ 2010 löste der Transithandel mit Rohstoffen die Finanzdienstleistungen der Schweizer Banken als wichtigster Dienstleistungsexport ab, und sein Anteil am BIP (über 3 %) übertraf denjenigen des Tourismus.⁵ Laut der Swiss Trading and Shipping Association sind über 500

Unternehmen und mehr als 10'000 Beschäftigte im Rohstoffhandel tätig⁶, die meisten von ihnen in Genf, Zug und Lugano.⁷

Ein Blick auf einzelne Rohstoffe unterstreicht die Bedeutung des Schweizer Handelsplatzes. Ein Drittel des weltweit gehandelten Erdöls wird in Genf gekauft und verkauft⁸, bis zu 25 % davon von staatlichen Unternehmen in Afrika.⁹ Zwei Drittel des internationalen Handels mit *unedlen Metallen* (z. B. Zink, Kupfer, Aluminium) geschieht in der Schweiz¹⁰, wobei sich Firmen mit Sitz in Zug und Genf auch stark an deren Gewinnung beteiligen. Der Handel mit *Edelmetallen* ist ebenfalls prominent vertreten, doch im Unterschied zu anderen Rohstoffen werden diese oft physisch in die Schweiz eingeführt und somit vom Schweizer Zoll erfasst. Laut einer Schätzung¹¹ werden 70 % des weltweiten Goldes in der Schweiz raffiniert¹², insbesondere im Tessin. Ähnlich bedeutend ist der Handel mit landwirtschaftlichen Rohstoffen: Zwei Drittel des international gehandelten *Getreides*, über die Hälfte des *Kaffees*, die Hälfte des *Zuckers* und ein Grossteil der *Baumwolle* werden von Unternehmen mit Sitz in der Schweiz gehandelt.¹³ Wenig überraschend importiert die Schweiz für die Herstellung ihrer bekannten Schokoladen bedeutende Mengen an Kakao. Daten zum Transithandel mit diesem Gut sind dagegen schwer zu finden.¹⁴

Die andere Seite des Rohstoffhandels

Diese Zahlen zeichnen das Bild einer grossen Schweizer Erfolgsschichte. Forschende haben allerdings gezeigt, dass der Rohstoffhandel auch Risiken birgt. Dazu gehören unlautere und illegale Finanzflüsse, Umweltschäden, Menschenrechtsverletzungen und verpasste Chancen für arme Länder, in denen die (oft endlichen) Rohstoffe abgebaut werden (CDE / WTI / IWE 2015). Die schwierige Aufgabe, solche Risiken einzudämmen, stellt sich nicht nur der Schweiz. Doch ihre führende Rolle als Handelsplatz und Hauptstandort von Rohstoffunternehmen erfordert in den Augen vieler ein besonderes Verantwortungsbewusstsein. Forschung ist dabei unabdingbar für ein besseres Verständnis der Rolle der Schweiz, der damit verbundenen Risiken sowie angemessener politischer Reaktionen. Werden die Risiken nicht angegangen, kann sich dies nachteilig auf den Ruf der Schweiz im internationalen Handel, in der Aussenpolitik (insbesondere der Entwicklungspolitik und der globalen Umweltpolitik) und in Teilen der eigenen Bevölkerung auswirken.

Kasten 1

Eine Auswertung der Forschungsliteratur zeigt einen Bedarf an Studien zu Sitz- und Gaststaaten von Rohstoffunternehmen, zu grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen und zu politischen Massnahmen

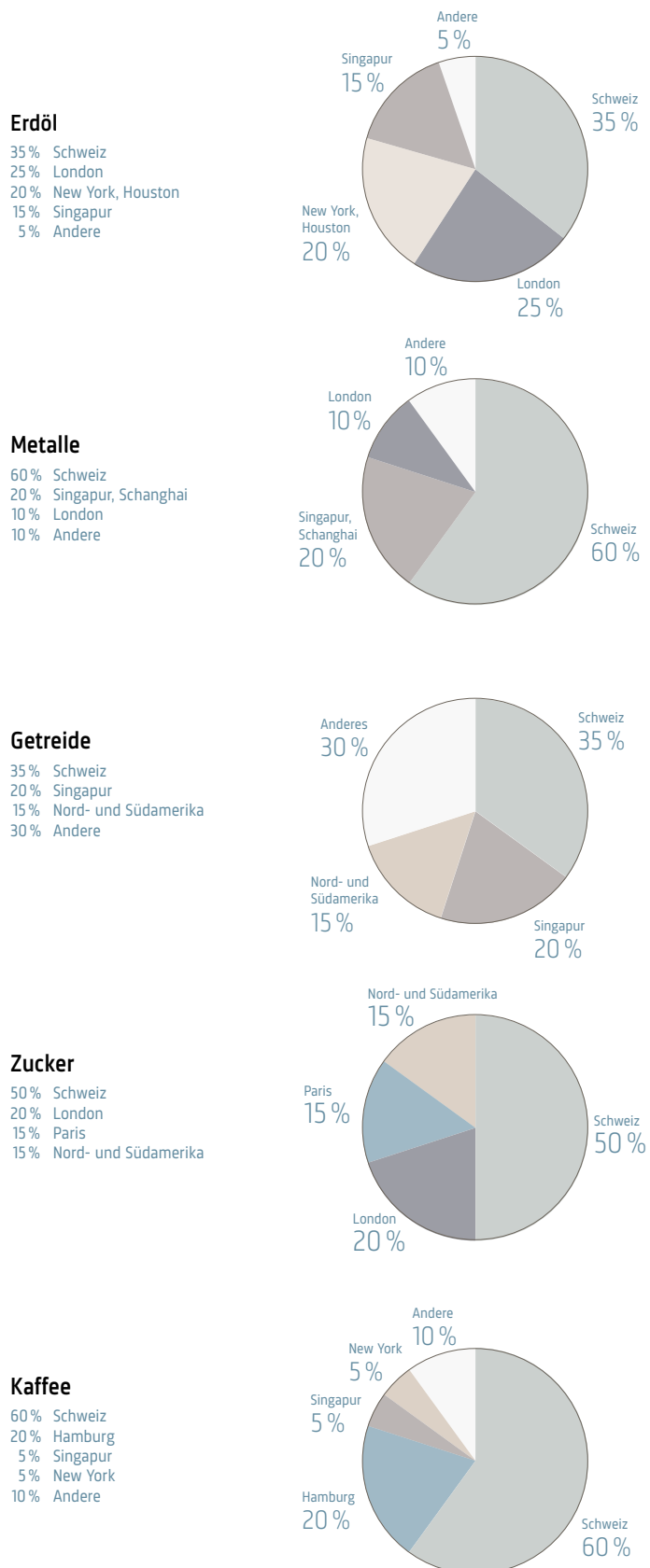
Die hier zusammengefassten Herausforderungen und Forschungslücken stammen aus einer ausführlichen Analyse der Forschungsliteratur zum Rohstoffsektor durch Forschende des Centre for Development and Environment (CDE) und des World Trade Institute (WTI) der Universität Bern sowie des Instituts für Wirtschaftsethik (IWE) der Universität St. Gallen. Ihre Arbeit zeigt einen Bedarf an Studien zur Rolle der sogenannten Sitz- und Gaststaaten von Rohstoffunternehmen. In den Sitzstaaten – wie der Schweiz – haben die Unternehmen ihren Hauptsitz; in den Gaststaaten – bei denen es sich oft um Entwicklungsländer handelt – bauen sie fossile Energieträger und Mineralien ab sowie Nahrungsmittel, Futter und Textilfasern an. Erforscht werden sollten insbesondere die Auswirkungen des Rohstoffhandels in beiden Ländergruppen, die Beziehungen zwischen ihnen sowie die politischen Massnahmen, die ihnen zur Verfügung stehen. Dieses Faktenblatt beschreibt die wichtigsten Wissenslücken und politischen Fragen für die Schweiz und andere Sitzstaaten. Ein späteres Faktenblatt wird die drängendsten Fragen für Gaststaaten zusammenfassen.

Der ausführliche englische Bericht zur Literaturlauswertung (CDE / WTI / IWE 2015) ist verfügbar unter: <http://www.kfpe.ch/WorkingPaper-commodity>.

Abbildung 1

Ein Blick auf die Marktanteile der grössten Rohstoffhandelsplätze weltweit verdeutlicht die dominante Stellung der Schweiz.

(Die Daten für diese Darstellung stammen ursprünglich von den Unternehmen und wurden nicht unabhängig geprüft.)



Quelle: Adaptiert, GISA, in: Schweizerischer Bundesrat. 2013. *Grundlagenbericht Rohstoffe. Bericht der interdepartementalen Plattform Rohstoffe an den Bundesrat*. Bern, Schweiz: Schweizerische Eidgenossenschaft.

Herausforderungen und drängende Wissenslücken

Unsere Auswertung der Forschungsliteratur (s. Kasten 1) zeigt einen deutlichen Bedarf an vertieften Studien zum Schweizer Rohstoffhandelsplatz. Einige der drängendsten Fragen und Wissenslücken sind im Folgenden zusammengefasst.

Unlautere und illegale Finanzflüsse im Zusammenhang mit Rohstoffhandel sind eine grosse Herausforderung und verlangen nach eingehender Analyse im Hinblick auf Prävention und verbesserte Politikkohärenz.¹⁵ Über das geschätzte Ausmass des Problems besteht keine Einigkeit. Besonders besorgniserregend sind mögliche *manipulative Fehlbewertungen von Gütern* im Rohstoffhandel. Dabei geht es um Transaktionen, bei denen zwei Parteien – z. B. ein multinationaler Konzern mit Sitz in Europa und eine Tochtergesellschaft oder ein staatliches Unternehmen in Afrika – mit einem Rohstoff handeln und dabei (gemeinsam oder einseitig) den Preis manipulieren. Dadurch können sie höhere Steuern im Exportland vermeiden oder Gewinne entlang der Wertschöpfungskette verdecken. Die Praxis bedingt in der Regel eine Manipulation von Rechnungen oder anderen buchhalterischen Dokumenten. Die Gesamtkosten solcher Fehlbewertungen für die Entwicklungsländer werden unterschiedlich eingeschätzt. Laut der Forschungsorganisation Global Financial Integrity entgehen Entwicklungsländern so Steuereinnahmen in der Höhe von 106 Mrd. US-Dollar.¹⁶ Preismanipulationen zwischen verbundenen Parteien wie etwa zwei Tochtergesellschaften desselben multinationalen Konzerns werden oft als *missbräuchliche Ausgestaltung von Verrechnungspreisen* bezeichnet. Die Verrechnung von konzerninternen Transaktionen ist gängige Praxis¹⁷ und gilt allgemein als akzeptabel, sofern sie einem fairen Marktpreis entspricht («Fremdvergleichsgrundsatz»).¹⁸ Doch reicht der bestehende gesetzliche Rahmen in der Schweiz aus, um missbräuchliche Preisverrechnungen oder allgemein missbräuchliche Fehlbewertungen aufzudecken und zu verhindern? Sind faire Marktpreise überhaupt möglich, wenn einige wenige Unternehmen bestimmte Rohstoffe und ganze Wertschöpfungsketten dominieren? Zukünftige Studien könnten diese wichtigen Fragen beleuchten.

Steuerflucht und Steuervermeidung sind ebenfalls ein wichtiger Problembereich. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat auf die Tendenz multinationaler Konzerne hingewiesen, den Ort ihrer Geschäftstätigkeiten (z. B. Rohstoffabbau) vom



Ort der Besteuerung der damit erwirtschafteten Gewinne zu entkoppeln.¹⁹ Die grössten Rohstoffkonzerne sind zunehmend *vertikal integriert* – sie handeln also nicht nur mit Rohstoffen, sondern sind auch in deren Abbau, Transport und Veredelung tätig.²⁰ Sie haben ein starkes Interesse daran, die Gewinne aus diesen verschiedenen Tätigkeiten in Länder mit tiefen Steuersätzen zu verlagern.²¹ Viele Beobachter weisen darauf hin, dass die Märkte und nationalen Steuerpolitiken diesbezüglich mit den globalen Realitäten nicht Schritt halten können. Liesse sich die Steuergerechtigkeit mittels verbesserter *Doppelbesteuerungsabkommen* zwischen der Schweiz und Entwicklungsländern erhöhen?²² Oder wäre die *Gesamtkonzernbesteuerung* multinationaler Unternehmen besser geeignet, um Steuereinnahmen gerecht und nachhaltig zwischen den Ländern zu verteilen?²³ Und werden Entwicklungsländer vom derzeitigen Trend zum automatischen *Informationsaustausch in Steuerfragen* profitieren oder werden sie davon ausgeschlossen?²⁴ Viele Fragen der grenzüberschreitenden Besteuerung sind in das von

Schlüsselbegriffe

→ **Rohstoffe** umfassen Energierohstoffe (z. B. Erdöl), mineralische Rohstoffe (z. B. Kupfer) und Agrarrohstoffe (z. B. Kaffee).

→ **Transithandel** bezeichnet gemäss der Schweizerischen Nationalbank (2015) «internationale Warenhandelsgeschäfte, bei denen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz Waren auf dem Weltmarkt einkaufen und diese im Ausland weiterverkaufen – ohne dass die Waren jemals in die Schweiz importiert oder exportiert werden». Diese wichtigste Form des Rohstoffhandels in der Schweiz trägt mit über 3% bedeutend zum Bruttoinlandprodukt des Landes bei.^A

→ **Verrechnungspreise** sind Preise, welche zwei Unternehmen desselben multinationalen Konzerns verrechnen, wenn sie unter sich Güter oder Dienstleistungen handeln. Für solche konzerninternen Geschäfte sollten dieselben Preise gelten, wie sie *unabhängige* Firmen untereinander aushandeln würden («Fremdvergleichsgrundsatz»). Konzerninterne Geschäfte machen Schätzungen zufolge einen Drittel oder mehr des internationalen Handels aus.^B

→ **Unlautere und illegale Finanzflüsse** werden laut OECD unterschiedlich definiert. Sie haben ihren Ursprung aber allgemein in «Methoden, Praktiken und Vergehen zur Verlagerung von Finanzkapital aus einem Land in ein anderes, die gegen nationales oder internationales Recht verstossen». Manche Definitionen schliessen Praktiken mit ein, die zwar nicht illegal, aber dennochentwicklungsschädigend sind. Wichtige Praktiken sind die Manipulation von Preisen einschliesslich Verrechnungspreisen, Steuerflucht, Geldwäscherei und Bestechung von Institutionen oder Einzelpersonen.^C

→ **Manipulative Fehlbewertungen im Güterhandel** geschehen dann, wenn zwei Parteien – etwa ein Staatsunternehmen und ein unabhängiger multinationaler Konzern – bei einer grenzüberschreitenden Transaktion den Preis verfälschen, um beispielsweise ihre Steuern zu minimieren, ihr Einkommen zu maximieren oder gar illegale Kapitalflüsse (z. B. Schmiergeldzahlungen an sogenannten politisch exponierte Personen) zu verdecken.^D

→ **Missbräuchliche Ausgestaltung von Verrechnungspreisen** liegt vor, wenn zwei *verbundene*, zum selben multinationalen Konzern gehörende Parteien den Preis für eine grenzüberschreitende Transaktion (z. B. den Kauf/Verkauf eines Rohstoffs) inkorrekt festlegen, insbesondere wenn sie dies zur Steuerminimierung oder Einkommensmaximierung tun.^E

^A Die Definition stammt aus: Schweizerische Nationalbank. 2015. *Zahlungsbilanz und Auslandvermögen der Schweiz 2014*. Zürich und Bern: Schweizerische Nationalbank.

^B Die Definition basiert auf: Reuter P, Hrsg. 2012. *Draining Development? Controlling Flows of Illicit Funds from Developing Countries*. Washington, D.C.: The World Bank.

^C Die Definition basiert auf: OECD. 2014. *Illicit Financial Flows from Developing Countries: Measuring OECD Responses*. Paris: OECD.

^D Die Definition basiert auf: Global Financial Integrity. 2010. *The Implied Tax Revenue Loss from Trade Mispricing*. Washington, D.C.: Global Financial Integrity.

^E Die Definition basiert auf: Global Financial Integrity. 2010. *Op. cit.*

Kasten 2

Wichtige politische Geschäfte in der Schweiz mit Auswirkungen auf die Rohstoffbranche

Die Schweizer Regierung reagiert mit diversen – auch gesetzgeberischen – Aktivitäten auf den 2013 vom Bundesrat vorgelegten Grundlagenbericht Rohstoffe sowie auf verschiedene parlamentarische Vorstösse und wachsende Debatten. Viel wird davon abhängen, ob neue Gesetze auch für rohstoffhandelnde Schweizer Unternehmen gelten werden, ob rechtsverbindliche Regeln eingeführt werden, und ob auch die Interessen der Entwicklungsländer Berücksichtigung finden. Es folgt eine Liste der wichtigsten Geschäfte.

Unternehmensbesteuerung in der Schweiz: Das Parlament berät zurzeit die Unternehmenssteuerreform III. Die Gesetzesvorlage strebt eine Harmonisierung mit internationalen Standards an und enthält Massnahmen wie die Abschaffung des kantonalen Steuerstatus und der damit verbundenen Steuererleichterungen für gewisse internationale Unternehmen (z. B. Holding- und gemischte Gesellschaften). Darunter fallen auch viele Rohstoffunternehmen.⁴²

Unlautere und illegale Finanzflüsse: Diese wurden in letzter Zeit mit mehreren gesetzgeberischen Massnahmen angegangen, die hauptsächlich auf die Bekämpfung von Geldwäscherei und Korruption abzielen. Im Dezember 2014 verpflichtete sich das Parlament zur Umsetzung der 2012 revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière (GAFI) in der Schweiz.⁴³ Es bleibt abzuwarten, ob die strengeren Anforderungen an «Finanzintermediäre» bezüglich Transparenz und Rechenschaftspflicht auch für Rohstoffhändler gelten werden.

Transparenz: Die Schweizer Regierung hat im Juni 2014 Bestimmungen vorgeschlagen, die börsennotierte und grosse, in der Rohstoffförderung tätige Unternehmen verpflichten, ihre Zahlungen an ausländische Regierungsstellen offenzulegen (gemäss *Postulat 13.3365*).⁴⁴ Dies entspräche Regelungen, wie sie in den USA (Dodd-Frank) und der EU bereits in Kraft sind. Der Gesetzesentwurf enthält zudem eine Delegationsnorm, die es dem Bundesrat erlauben würde, im Rahmen eines international abgestimmten Vorgehens die Bestimmungen auf rohstoffhandelnde Unternehmen auszudehnen (Art. 964f, Entwurf Schweizer Obligationenrecht).⁴⁵ Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2015 beschlossen, dem Parlament gegen Ende 2016 eine Botschaft zu einer Aktienrechtsrevision vorzulegen, in der die erwähnten Transparenzbestimmungen enthalten sein sollen. Ausserdem plant er, in naher Zukunft eine Vernehmlassungsvorlage zur obligatorischen Nachhaltigkeitsberichterstattung von Grossunternehmen auszuarbeiten.⁴⁶

Sorgfaltspflichten von multinationalen Unternehmen und Staaten bezüglich Menschenrechte und Umwelt: Dazu wurden mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht (z. B. *Postulat 12.3503*), die sich an den *UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* orientieren. Über einen entsprechenden Aktionsplan (2015 – 2017) soll bis Ende 2015 entschieden werden. Er zeigt auf, wie die Schutzpflichten eines Staates auf die Tätigkeiten von dort ansässigen

Unternehmen ausgedehnt werden können.⁴⁷ Weiter haben unter der Leitung des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten und des Staatssekretariats für Wirtschaft Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und von Rohstoffunternehmen an einem Prozess zur Erarbeitung von branchenspezifischen Empfehlungen betreffend Sorgfaltspflichten und Berichterstattung in den Bereichen Menschenrechte und Umwelt bis 2016 teilgenommen.⁴⁸ Dieser und ähnliche Vorschläge zur Erarbeitung von Standards hinsichtlich der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen setzen überwiegend auf freiwillige Verpflichtungen. Im Unterschied dazu will die im April 2015 von 60 Nichtregierungsorganisationen lancierte *Konzernverantwortungsinitiative* Sorgfaltspflichten bezüglich Menschenrechte und Umwelt für Unternehmen mit Sitz in der Schweiz rechtsverbindlich machen.⁴⁹

Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen: Dieses Thema hat kontinuierlich an Bedeutung gewonnen, seit die Schweiz 2014 erstmals einwilligte, den US-amerikanischen Steuerbehörden Kontodaten von ausländischen Bankkunden zugänglich zu machen. 2015 vereinbarten die Behörden im Zuge eines von der OECD geführten Prozesses⁵⁰ den Austausch von Kontodaten ausländischer Bankkunden mit den Mitgliedsstaaten der EU ab 2018.⁵¹ Nun muss sichergestellt werden, dass die Entwicklungsländer bei diesem Prozess nicht aussen vor bleiben. Rohstoffexportierende Entwicklungsländer könnten vom Abschluss von *Steuerinformationsabkommen*, wie sie die OECD propagiert, profitieren, denn solche Abkommen können helfen, nebst Steuerflucht auch Fehlbewertungen, Bestechung und Geldwäscherei aufzudecken. Die Schweizer Regierung bevorzugt allerdings *Doppelbesteuerungsabkommen*, welche den Datenaustausch an Regeln zur grenzüberschreitenden Besteuerung knüpfen, gegenüber einfachen *Steuerinformationsabkommen*.⁵² Doch insgesamt wird die Initiative der OECD zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (*Base Erosion and Profit Shifting*), deren Empfehlungen die Schweiz erklärermassen befolgen will, wichtige Änderungen bezüglich der grenzüberschreitenden Besteuerung und der Transparenz mit sich bringen.⁵³ Ungeklärt bleibt, ob die neu auszutauschenden Steuerinformationen der Zivilgesellschaft (einschliesslich Forschung) in irgendeiner Form zur Überprüfung zugänglich gemacht werden, und ob und wie Entwicklungsländer das neue System mitgestalten und davon profitieren können.

Umweltverantwortung des Rohstoffsektors: Hiermit befasst sich der 2013 vom Bundesrat verabschiedete *Aktionsplan Grüne Wirtschaft*.⁵⁴ Zudem wurden Vorschläge zur Revision des Schweizer Umweltschutzgesetzes diskutiert, darunter Bestimmungen, die es erlaubt hätten, Hersteller, Importeure und Händler von Gütern zur öffentlichen Berichterstattung über die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf die Umwelt zu verpflichten.⁵⁵ Die Gesetzesänderungen wurden vom Nationalrat am 14. September 2015 zurückgewiesen, obwohl sie in der Vernehmlassung noch mehrheitlich auf Zustimmung gestossen waren.⁵⁶ Dennoch unterstützt die Schweiz mehrere internationale Initiativen zur Förderung der Nachhaltigkeit in der Rohstoffgewinnung und im Rohstoffhandel. Dazu gehören die *Sustainable Trade Initiative (IDH)*⁵⁷ und die *BioTrade Initiative*.⁵⁸

der OECD initiierte Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (*Base Erosion and Profit Shifting*) aufgenommen worden, aber es bleibt abzuwarten, ob die Entwicklungsländer daran teilhaben und bedeutend davon profitieren werden.²⁵

Korruption, Konflikte und Geldwäscherei treten oft im Kontext von hochwertigen Energierohstoffen und Mineralien aus Entwicklungsländern auf – mit gravierenden Auswirkungen für die Menschenrechte.²⁶ Eine der wenigen bisherigen Studien kommt sogar zum Schluss, dass gewisse Rohstoffunternehmen systematisch auf Korruption zurückgreifen, um Zugang zu Rohstoffen zu erhalten.²⁷ So bezahlen sie zum Beispiel Mitglieder der Elite im Abbauggebiet, damit diese ihnen den Zugang sichern. Wertvolle Güter wie Gold oder Erdöl können vor Ort Konflikte und gar Kriege auslösen oder können zu deren Finanzierung dienen.²⁸ In der Rohstoffindustrie besteht auch ein besonderes Risiko der Geldwäscherei²⁹ und der «Reinwaschung» der Rohstoffe selbst (z. B. Veredelung von illegal abgebautem Gold).³⁰ Lösungsorientierte Studien sollten nach Wegen suchen, wie (z. B. regulativ) verhindert werden kann, dass Rohstoffunternehmen solchen, mit Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang stehenden Bedingungen ausgesetzt sind oder sie sich zunutze machen.³¹

Spekulation und Absicherung der Preisrisiken (Hedging) im Handel mit Rohstoffen, insbesondere mit Nahrungsmitteln, sind ein weiteres dringliches Problem. Manche Studien legen nahe, dass ein verstärkter Handel mit Nahrungsmittelrohstoffderivaten (z. B. Terminkontrakten auf Getreide) zu den Nahrungsmittelpreisspitzen in den letzten Jahren beigetragen haben könnte, unter denen arme Menschen besonders leiden.³² Die Grenzen zwischen der *legitimen Absicherung* kommerzieller Händler gegen Preiszerfall und *profitorientierter Spekulation* durch Finanzakteure scheinen zu verschwimmen.³³ Hier sollte die Forschung untersuchen, inwiefern Akteure mit Sitz in der Schweiz sich an dieser Form der Spekulation – insbesondere am intransparenten ausserbörslichen Derivatehandel – beteiligen, und welche Gegenmassnahmen helfen könnten, die Volatilität von Nahrungsmittelpreisen einzudämmen.³⁴

Intransparenz: eine zentrale Herausforderung

Ein zentrales Problem ist der *Mangel an Transparenz* im Rohstoffhandel. Er erschwert die Erforschung risikoreicher Wissenslücken und ist möglicherweise die Hauptursache ausländischer Kritik und internationalen Drucks auf die Schweiz. Dabei geht es vorab darum, wie Handelsdaten (nicht) dokumentiert oder offengelegt werden, insbesondere Da ten zum Transithandel. Da die entsprechenden Güter nie physisch in

die Schweiz gelangen, entziehen sich Transithandelsgeschäfte grösstenteils der Berichterstattung durch die Eidgenössische Zollverwaltung. Die einzige bedeutende offizielle Statistik zum Transithandel wird zurzeit von der Schweizerischen Nationalbank veröffentlicht und besteht aus aggregierten jährlichen Zahlen zu Verkäufen, Ausgaben und Nettoerträgen. Diese Zahlen bezeugen die grosse wirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Transithandels, bieten aber darüber hinaus kaum Informationsgehalt. Die Schweiz führt keine Statistiken zu Ursprungs- und Zielländern, den einzelnen Rohstoffen (Menge, Qualität, Standards), den beteiligten Unternehmen, einzelnen Zahlungen (z. B. an ausländische Regierungen), Preisen usw. Ebenso fehlen systematische öffentliche Statistiken zur Höhe der Schweizer Steuereinnahmen aus dem Rohstoffsektor.³⁵ Eine Analyse diverser Datenquellen für das Jahr 2013 deutet darauf hin, dass ein einziger Rohstoff – Rohöl – Steuereinnahmen von 6,37 Mrd. Franken generiert hat.³⁶

Reputationsrisiko

Die Intransparenz des Schweizer Rohstoffsektors mag für Händler attraktiv sein, doch für den Ruf der Schweiz ist sie wenig förderlich. Seit 2011 führt die Schweiz die Rangliste des «Schattenfinanzindex» (*Financial Secrecy Index*) an, mit dem das internationale Tax Justice Network Länder gemäss ihrem «Beitrag zur Intransparenz globaler Finanzflüsse» bewertet.³⁷ Eine 2014 veröffentlichte umstrittene Studie des Center for Global Development (CGD) benutzte Comtrade-Daten der UNO zu *physischen* Exporten nach und aus der Schweiz, um abzuschätzen, welche möglichen Kosten den Entwicklungsländern durch Fehlbewertungen im Transithandel entstehen. Die höchsten Schätzwerte sind seither angefochten und von den Autoren freiwillig zurückgezogen worden.³⁸ Doch die *tieferen* Schätzwerte der umstrittenen Studie – jährlich 8 bis 15 Mrd. US-Dollar – wurden 2015 von Forschenden in der Schweiz als «die realistischsten Schätzungen von unlauteren und illegalen Finanzflüssen in die Schweiz im Kontext des Rohstoffhandels»^f beurteilt, die zurzeit angesichts der problematischen Datenlage möglich seien.³⁹ Es fällt auf, dass sogar die tiefste Schätzung von illegalen Geldflüssen – 8 Mrd. US-Dollar – deutlich über der durchschnittlichen jährlichen Schweizer Entwicklungshilfe liegt. Die Studie erregte die Aufmerksamkeit des Africa Progress Panel, eines Gremiums unter der Leitung des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Kofi Annan, welches die Schweiz an einem öffentlichen Forum der Welthandelsorganisation zum Rohstoffhandel namentlich kritisierte.⁴⁰

Transparenz ermöglicht Forschung

Der Schweizer Transithandel erwirtschaftete allein 2011 im Ausland einen Gesamtertrag von 763 Mrd. Schweizer Franken – ein Betrag, der höher ist als das Schweizer BIP.⁴¹ Ein Wirtschaftssektor dieser Grösse verdient mehr Transparenz, besonders aus Sicht einer nachhaltigen Entwicklung und der (Forschungs-)Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Die Schweizer Regierung könnte für die Erhebung und Veröffentlichung von deutlich aussagekräftigeren, aufgeschlüsselten Daten zum Rohstoffhandel sorgen und damit eine bessere Übersicht und robustere Studien ermöglichen.

Transparenz ist kein Selbstzweck, sondern eine Voraussetzung. Was zählt, ist, ob sie mit der Zeit zu mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Rohstoffsektor führt. Studien sollten demnach auch untersuchen, ob strengere Gesetze zur Unternehmensberichterstattung tatsächlich zu einer gerechteren Verteilung und einer sinnvolleren Verwendung von Rohstoffträgen führen (z. B. indem die erhöhte Transparenz zu mehr Druck vonseiten informierter Bürger führt).

Die Wissenschaft kann Wege aufzeigen

Druck von innen wie von aussen hat bereits zu diversen politischen Initiativen in der Schweiz geführt (s. Kasten 2). Zudem beobachtet die

Kasten 3

Wichtige ausländische und internationale Initiativen zur Förderung der Transparenz

Mehrere ausländische und internationale Initiativen zielen auf mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Finanzbranche und im Handel. Sie werden insbesondere von der EU und den USA vorangetrieben und haben oft direkte Auswirkungen auf die Rohstoffbranche. Einige dieser Initiativen versuchen, die Risiken mittels verbindlicher Vorschriften zu minimieren, während andere auf freiwillige Massnahmen setzen. Die Schweiz beobachtet diese Entwicklungen im Hinblick auf eine Harmonisierung.

Der **Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act** – eine direkte Reaktion der USA auf die Finanzkrise von 2008 – ist ein bedeutendes Beispiel eines verbindlichen Gesetzes mit dem Ziel, Stabilität, Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Finanz-, Banken- und Handelsbranche zu erhöhen.⁵⁹ Es enthält Bestimmungen, die sich auf Rohstoffunternehmen auswirken. So verlangt etwa *Abschnitt 1502*, dass US-amerikanische Firmen, die mögliche «Konfliktminerale» aus der Demokratischen Republik Kongo verwenden, gegenüber der US Securities and Exchange Commission (SEC) über die ergriffenen Sorgfaltspflichten Rechenschaft ablegen. *Abschnitt 1504* verpflichtet mit Erdöl, Erdgas und Mineralien handelnde Unternehmen, Zahlungen an ausländische Regierungen jährlich in standardisierten Berichten offenzulegen, sodass die SEC die entsprechenden Zahlen öffentlich zugänglich machen kann. *Abschnitt 619*, die sogenannte Volcker-Regel, schränkt gewisse spekulative Tätigkeiten von Banken ein.⁶⁰ Anfechtungen aus der Branche haben die Umsetzung des Gesetzes wiederholt verzögert.⁶¹

Seit 2013 wurden mehrere **EU-Richtlinien zur Rechnungslegung und zur Transparenz** verabschiedet, die sich teilweise an Dodd-Frank anlehnen. Die EU hat sich damit wieder an die Spitze der Anstrengungen für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Wirtschaft und insbesondere im Rohstoffhandel gestellt. *Richtlinie 2013/34/EU* über die Rechnungslegung verpflichtet Rohstoffunternehmen beispielsweise dazu, Zahlungen an ausländische Regierungen pro Land (und sogar pro Projekt) offenzulegen.⁶² *Richtlinie 2014/95/EU* enthält verschärfte Bestimmungen zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen, einschliesslich der Pflicht zur Offenlegung wichtiger nichtfinanzieller Informationen, etwa zu Auswirkungen auf Umwelt und Menschenrechte.⁶³ *Richtlinie 2013/50/EU* über die Transparenz enthält zusätzliche Bestimmungen zur Berichterstattung über Einkünfte aus der Rohstoffgewinnung.⁶⁴ EU-Mitgliedsländer müssen die Bestimmungen ab 2016 umsetzen.

Die **Leitlinien und Leitsätze der OECD** sind zwar nicht rechtlich verbindlich, doch sie helfen, Konsens zu schaffen, und bieten wichtige Vorlagen für Vorschriften, die auch den Rohstoffhandel betreffen. Die wichtigsten Dokumente und Initiativen sind die *OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen*,⁶⁵ die *OECD-Verrechnungspreisleitlinien für multinationale Unternehmen und Steuerverwaltungen*⁶⁶, und die *OECD-Initiative zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung* (Base Erosion and Profit Shifting).⁶⁷ Ein entsprechender Aktionsplan gewinnt in OECD-Ländern zunehmend an Zugkraft, so auch in der Schweiz.⁶⁸

Die **Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)** ist die tonangebende Initiative von führenden Wirtschaftsakteuren und Regierungen in der Rohstoffbranche für mehr freiwillige Offenheit und Rechenschaftspflicht.⁶⁹ Eine der grössten Stärken der EITI ist ihre globale Reichweite: Sowohl Regierungen von Entwicklungsländern als auch multinationale Unternehmen können sich beteiligen. Die Schweiz unterstützt die EITI mit finanziellen Beiträgen, nimmt jedoch selbst bisher nicht vollumfänglich am Prozess teil.

Schweiz wichtige Reformen ausserhalb des Landes (s. Kasten 3) im Hinblick auf eine internationale Harmonisierung der Politiken. Auf den ersten Blick scheinen widersprüchliche Ziele im In- und Ausland die Schweiz und ähnliche Rohstoffhandelsplätze vor grundlegende Herausforderungen zu stellen: Im Inland möchte man «konkurrenzfähige» und wirtschaftsfreundliche rechtliche Rahmenbedingungen und Steuerregelungen aufrechterhalten, im Ausland gilt es, Verpflichtungen zur Wahrung der Menschenrechte zu erfüllen und Handelstätigkeiten zu fördern, die es ärmeren Ländern erlauben, ihren Ressourcenreichtum

^f Carbonnier G, Zweynert de Cadena A. 2015. Commodity Trading and Illicit Financial Flows. International Development Policy | Revue internationale de politique de développement [online], Policy Briefs | Working Papers. doi:10.4000/poldev.2054; <http://poldev.revues.org/2054>.

für ihre eigene Entwicklung zu mobilisieren.⁷⁰ Die Wissenschaft in der Schweiz könnte mit den folgenden Tätigkeiten dazu beitragen, diese scheinbar gegensätzlichen Ziele in Einklang zu bringen:

- *Herausforderungen und Lösungen aus einer integrativen Perspektive heraus umdeuten.* Forschung, die mit Konzepten wie *nachhaltige Entwicklung, gemeinsame Anliegen*⁷¹, *Menschenrechte, integratives Wachstum* und *Grüne Wirtschaft* operiert, könnte ein vollständigeres, kohärenteres Bild der Vor- und Nachteile des Rohstoffhandels und der Chancen für Veränderung erarbeiten. Sie könnte insbesondere helfen, gemeinsame Lösungen für die Zukunft zu finden (z. B. regionale oder globale Abkommen), die auf international geteilten Interessen beruhen. Zu Letzteren gehören etwa soziopolitische Stabilität, Umweltschutz, fairer Wettbewerb, gerechte Besteuerung, die Menschenrechte, die Beseitigung der Korruption usw.
- *Politikkohärenz für eine (nachhaltige) Entwicklung ins Zentrum stellen.* Ausgehend von einer integrativen Perspektive auf den Forschungsgegenstand könnten Studien nach Wegen suchen, die Schweizer Wirtschafts- und Aussenpolitik (einschliesslich Entwicklungspolitik) in Einklang zu bringen. Könnten Regeln für den Handel mit Rohstoffen und Rohstoffderivaten so gestaltet werden, dass sie die Ernährungs- und die Energieversorgungssicherheit in Entwicklungsländern fördern?⁷² Sind die Förderung von Transparenz im Inland und die Entwicklungshilfe im Ausland zwei Seiten derselben Medaille?⁷³
- *Die Wirkung von verbindlichen Vorschriften und freiwilligen Leitlinien untersuchen.* Wichtige Partnerländer der Schweiz (z. B. USA, EU) verfolgen zurzeit im Rahmen von Reformen für mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht in Wirtschaft, Finanzen und Handel sowohl rechtsverbindliche als auch auf Freiwilligkeit beruhende Ansätze. Dazu gehören Reformen für eine verbesserte Rechenschaftspflicht der Unternehmen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Menschenrechte.⁷⁴ Haben verbindliche und freiwillige Massnahmen eine erkennbare Wirkung, beispielsweise auf die Berichterstattung der Unternehmen? Wie wird ihre Einhaltung im In- und Ausland beurteilt und durchgesetzt? Und zu welchen Kosten führt diese erhöhte Transparenz?⁷⁵ Vergleichende Studien könnten zeigen, welches die wirkungsvollsten regulatorischen und freiwilligen Massnahmen sind, und wie sie sich in der Schweiz anwenden lassen.
- *Öffentliche Diskussionen zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft fördern.* Schweizer Wissenschaftlerinnen und Akademiker können dringend benötigte Foren für Debatten zum Rohstoffhandel in der Schweiz bereitstellen. Sie können die verschiedenen Interessengruppen zusammenbringen, um Fakten, fehlende Daten, gemeinsame Interessen und Uneinigkeiten zu diskutieren. Mehr Dialog und ein gemeinsames Verständnis der Herausforderungen sind dringend nötig.
- *Auswirkungen in der Schweiz untersuchen.* Zur Erarbeitung eines umfassenderen Verständnisses der Wirkungen und Chancen des



Rohstoffhandels gehört auch die Erforschung leicht zu übersehender Dynamiken im Inland. Der Rohstoffsektor trägt mehr zum Schweizer BIP bei als der Tourismus, beschäftigt dabei aber zwanzigmal weniger Menschen im Inland (10'000 gegenüber 200'000). Birgt das Risiken? Oder fördert es die Fachkenntnis im Inland und befähigt so die Schweiz, positive Veränderungen im Rohstoffsektor anzuführen? Studien könnten auch die öffentliche Wahrnehmung des Rohstoffsektors in der Schweiz untersuchen, oder dessen Wirkung auf die Prioritätensetzung der politischen Parteien.

- *Treibende Kräfte des Wandels hervorheben.* Schliesslich könnte die Forschung führende Akteure und Erfolgsgeschichten bezüglich einer nachhaltigeren Gestaltung des Rohstoffhandels untersuchen. Regierungen, Unternehmen und Bewegungen der Zivilgesellschaft können gleichermaßen sinnvolle Veränderungen auslösen. Interessengruppen im Sitzstaat Schweiz könnten dabei die Führung übernehmen und verdienen daher eine genaue Untersuchung. So hat sich etwa eine grosse Genfer Erdölhandelsfirma unlängst dazu verpflichtet, ihre Zahlungen an ausländische Regierungen transparenter zu machen.⁷⁶ Welche Auswirkung wird dies haben? Auch Interessengruppen in Gaststaaten, insbesondere Regierungsführer, könnten wichtige Weichen stellen: So scheinen einige Entwicklungsländer dem sogenannten Ressourcen-Fluch entgangen zu sein und die Bewirtschaftung ihrer natürlichen Ressourcen verbessert zu haben. Wie ist es Ländern wie Botswana oder Bolivien gelungen, ihren Ressourcenreichtum für die nationale Entwicklung zu nutzen?⁷⁷ Lässt sich ihr Erfolg anderswo replizieren? Diese und viele andere Fragen warten darauf, wissenschaftlich erforscht zu werden.

ERGÄNZENDE LITERATUR

Bucher D, Bürgi Bonanomi E, Dey P, Elsig M, Espa I, Franzl S, Gelb SR, Giger M, Holzgang M, Rist S, Wehrli J, Wettstein F. 2015. The Commodity Sector and Related Governance Challenges from a Sustainable Development Perspective: The Example of Switzerland – Current Research Gaps. CDE WTI IWE Joint Working Paper No. 1. Bern und St. Gallen: Centre for Development and Environment (CDE), World Trade Institute (WTI) und Institute for Business Ethics (IBE).
<http://www.kfpe.ch/WorkingPaper-commodity>.

IMPRESSUM

AUTOREN: Anu Lannen (CDE), Elisabeth Bürgi Bonanomi (CDE/WTI), Stephan Rist (CDE), und Judith Wehrli (CDE/WTI). **PROJEKTLEITUNG:** Jon-Andri Lys (KFPE), Stephan Rist (CDE) und Christoph Ritz (ProClim); **ÜBERSETZUNG AUS DEM ENGLISCHEN UND REDAKTION:** Marlène Thibault (CDE); **FOTOS:** Fotolia; **LAYOUT:** Gregorio Caruso, Basel

DIE FOLGENDEN EXPERTEN UND EXPERTINNEN HABEN ZU DIESEM FAKTENBLATT BEIGETRAGEN

Daniela Bucher (CDE), Thomas Cottier (WTI), Pascal Dey (IWE), Manfred Elsig (WTI), Ilaria Espa (WTI), Simone Franzl (WTI), Stephen Gelb (WTI), Markus Giger (CDE), Milena Holzgang (IWE), Florian Wettstein (IWE)

Dieses Faktenblatt der Akademien der Wissenschaften Schweiz beruht auf Ergebnissen aus dem als weiterführende Literatur angegebenen Arbeitspapier. Es beinhaltet auch Erkenntnisse der Teilnehmer eines Workshops zur Diskussion des Arbeitspapiers, unter ihnen Vertreterinnen aus der Schweizer Bundesverwaltung, aus Nichtregierungsorganisationen, aus der Privatwirtschaft und aus anderen Forschungsgruppen. Das Faktenblatt wurde im Rahmen des Projekts «Global change and developing countries: why should we care?» verfasst, das von der Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE) und dem Forum für Klima und globalen Wandel (ProClim) geleitet wird. KFPE und ProClim sind Arbeitsgruppen der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT).

Ein Projekt der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz

sc | nat 

Eine PDF-Version dieses Faktenblattes mit ausführlichen Literaturhinweisen und Anmerkungen kann gratis heruntergeladen werden:

www.akademien-schweiz.ch/factsheets

Die Schweiz und der Rohstoffhandel

Was wissen wir? Bilanz und Ausblick

Literaturhinweise und Anmerkungen (Internetquellen wurden am 20. November 2015 letztmals geprüft.)

- 1 Sachs JD, Warner AM. 2001. Natural resources and economic development: The curse of natural resources. *European Economic Review* 45 (4): 827–38. <http://earth.columbia.edu/sitefiles/file/about/director/pubs/EuroEconReview2001.pdf>; Manzano O, Rigobon R. 2001. Resource Curse or Debt Overhang? NBER Working Paper No. 8390. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. <http://www.nber.org/papers/w8390.pdf>; Frankel JA. 2010. The Natural Resource Curse: A Survey. NBER Working Paper No. 15836. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. www.nber.org/papers/w15836.pdf.
- 2 Beispiel ausländischer Kritik am Schweizer Rohstoffhandelsplatz: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-86570551.html> (deutsches Original); <http://www.spiegel.de/international/business/commodities-companies-flock-to-switzerland-for-tax-breaks-a-841287.html> (englische Übersetzung in Spiegel International).
- 3 Terazono E, Blas J. 2013. Swiss ties to trading houses under strain. *Financial Times* 26 March 2013. <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/c5c51e18-9516-11e2-9ab2-00144feabd0.html#axzz3nPBRYiX>; Blas J. 2013. Commodities: Tougher times for trading titans. *Financial Times* 26 March 2013. <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/250af818-a1c1-11e2-8971-00144feabd0.html#axzz3nPBRYiX>; Erklärung von Bern, Hrsg. 2011. Rohstoff: Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Zürich: Salis Verlag.
- 4 Schweizerische Nationalbank. 2013. Zahlungsbilanz der Schweiz 2012. Zürich und Bern: Schweizerische Nationalbank. http://www.snb.ch/de/mmr/reference/balpay_2012/source/bop_2012_12.de.pdf.
- 5 Schweizerischer Bundesrat. 2013. Grundlagenbericht Rohstoffe. Bericht der interdepartementalen Plattform Rohstoffe an den Bundesrat. Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft. <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/30133.pdf>.
- 6 Website der Swiss Trading and Shipping Association: <http://www.stsaswiss.ch/home>.
- 7 Schweizerische Bankiervereinigung. 2013. Die Schweiz als Rohstoffhandelsplatz. *SwissBanking Facts*. Basel: Schweizerische Bankiervereinigung. http://shOp.sba.ch/999930_e.pdf.
- 8 Schweizerischer Bundesrat. 2013. Op. cit., S. 11–12.
- 9 Alexandra G, Guénat M, Kummer L. 2014. Big Spenders: Swiss Trading Companies, African Oil and the Risks of Opacity. Natural Resource Governance Institute. http://www.resourcegovernance.org/sites/default/files/BigSpenders_20141014.pdf.
- 10 Schweizerischer Bundesrat. 2013. Op. cit.
- 11 Schweizerischer Bundesrat. 2013. Op. cit.
- 12 Mariani D. 2012. Switzerland: The World's Gold Hub. *Swissinfo*. <http://www.swissinfo.ch/eng/switzerland--the-world-s-gold-hub/33706126>.
- 13 Schweizerischer Bundesrat. 2013. Op. cit.
- 14 Eidgenössische Zollverwaltung. 2015. Tares: Schweizerischer Gebrauchsstarif. Abgerufen am 8. März 2015. <http://xtares.admin.ch/tares>.
- 15 OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). 2014. Illicit Financial Flows from Developing Countries: Measuring OECD Responses. Organisation for Economic Co-operation and Development. Paris: OECD. http://www.oecd.org/corruption/Illicit_Financial_Flows_from_Developing_Countries.pdf; Thut W. 2014. Unlautere und illegale Finanzflüsse: Herausforderung und Handlungsmöglichkeiten für die Schweizer Entwicklungspolitik. Bern: Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit. https://www.eda.admin.ch/content/dam/deza/de/documents/publikationen/briefing-papers/dp-brief-4-2014_DE.pdf.
- 16 Hollingshead A. 2010. The Implied Tax Revenue Loss from Trade Mispricing. Washington, D.C.: Global Financial Integrity, S. 2. http://www.gfintegrity.org/storage/gfip/documents/reports/Implied%20tax%20revenue%20loss%20report_final.pdf.
- 17 Mehr Informationen zur Problematik der konzerninternen Geschäfte und der Verrechnungspreisgestaltung bietet die folgende Publikation: Lanz R, Miroudot S. 2011. Intra-firm trade: Patterns, determinants and policy implications. OECD Trade Policy Papers No. 114. Paris: OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/5kg9p39lrwnn-en>.
- 18 Zum Fremdvergleichsprinzip im Zusammenhang mit Verrechnungspreisen siehe: Neighbour J. 2002. Transfer pricing: Keeping it at arm's length. *OECD Observer* 230. http://www.oecd.org/server/news/archivestory.php/aid/670/Transfer_pricing:_Keeping_it_at_arms_length.html; Reuter P, Hrsg. 2012. Draining Development? Controlling Flows of Illicit Funds from Developing Countries. Washington, D.C.: The World Bank, S. 303. <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/2242/668150PUB0EPI0067848B09780821388693.pdf>.
- 19 OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). 2013. Addressing Base Erosion and Profit Shifting. Paris: OECD Publishing. doi:10.1787/9789264192744-en.
- 20 Mehr Information zum Trend in Richtung vertikale Integration siehe: <http://www.economist.com/news/finance-and-economics/21615620-commodity-trading-houses-are-growing-and-running-more-risks-end-end-game>.
- 21 OECD. 2013. Op. cit. Dies wird auch als «Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung» (Englisch 'base erosion and profit shifting') bezeichnet. Die OECD hat unlängst eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema eröffnet: <http://www.oecd.org/ctp/beps.htm>.
- 22 Bürgi Bonanomi E, Meyer-Nandi S. 2014. Schweizer Doppelbesteuerungsabkommen: Aktuelle Politik und Entwicklungsrelevanz. *Jusletter* 30. Juni 2014.
- 23 Picciotto S. 2012. Towards Unitary Taxation of Transnational Corporations. *Chesham: Tax Justice Network*. http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Towards_Unitary_Taxation_1-1.pdf.
- 24 Zum Informationsaustausch in Steuersachen siehe: <http://www.oecd.org/tax/exchange-of-tax-information/automaticexchange.htm>.
- 25 Antworten der OECD auf häufig gestellte Fragen zum Massnahmenpaket gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) – auch zur Beteiligung der Entwicklungsländer: <http://www.oecd.org/ctp/beps-frequentlyaskedquestions.htm>.
- 26 Global Financial Integrity, African Development Bank. 2013. Illicit Financial Flows and the Problem of Net Resource Transfers from Africa: 1980–2009. Tunis and Washington: African Development Bank and Global Financial Integrity. <http://www.gfintegrity.org/report/report-net-resources-from-africa/>; Eigen P. 2007. Fighting corruption in a global economy: Transparency initiatives in the oil and gas industry. *Houston Journal of International Law* 29 (2): 327–54; Karl TL. 1997. *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States*. Berkeley, CA: University of California Press.
- 27 Kolstad I, Wiig A. 2009. Is transparency the key to reducing corruption in resource-rich countries? *World Development* 37 (3): 521–32. doi:10.1016/j.worlddev.2008.07.002.
- 28 Le Billon P. 2001. The political ecology of war: Natural resources and armed conflicts. *Political Geography* 20 (5): 561–84. doi:10.1016/S0962-6298(01)00015-4; Morelli M, Rohner D. 2014. Resource Concentration and Civil Wars. NBER Working Paper No. 20129. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. doi:10.3386/w20129; Berman N, Couttenier M, Rohner D, Thoenig M. 2014. This Mine Is Mine! How Minerals Fuel Conflicts in Africa. CEPR Discussion Paper No. DP10089. Oxford: Oxford Centre for the Analysis of Resource Rich Economies. <http://www.oxcarre.ox.ac.uk/files/OxCarreRP2014141.pdf>; Caselli F, Morelli M, Rohner D. 2013. Geography of Inter-State Resource Wars. NBER Working Paper No. 18978. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. doi:10.3386/w18978.
- 29 Schneider S. 2004. Money Laundering in Canada: An Analysis of RCMP Cases. Toronto: Nathanson Centre for the Study of Organized Crime and Corruption, York University. <https://www.publicsafety.gc.ca/cnt/rsrscs/lbr/ctlg/shwtlls-eng.aspx?d=CPC&i=3921>.
- 30 Beschreibung eines möglichen Falls der «Reinwaschung» von Rohstoffen: Berne Declaration. 2013. Claim against Swiss Gold Refinery demonstrates increasing problem with "commodity laundering". Pressemitteilung, 5. November 2013. https://www.bernedecorrelation.ch/media/press-release/press/claim_against_swiss_gold_refinery_demonstrates_increasing_problem_with_commodity_laundering.
- 31 Rybi U, Longchamp O. 2014. Négoce des matières premières, risques de corruption, loi sur le blanchiment d'argent et matières premières illicites. Quelques considérations. *Blanchiment d'argent: actualité et perspectives suisses et internationales*. Genf: Schulthess éditions romandes, pp. 241–64.

- 32 Bass H. 2013. Finanzspekulation und Nahrungsmittelpreise: Anmerkungen zum Stand der Forschung. Bremen: Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management. http://www.brotfueraalle.ch/fileadmin/deutsch/2_Entwicklungspolitik_allgemein/A_Recht_auf_Nahrung/Nahrungsmittelspekulation/Meta-Studie.pdf.
- 33 Erklärung von Bern. 2011. Op. cit.
- 34 Lein B, de Roquefeuil Q, van Seters J. 2014. Strengthening Policy Coherence for Development in Switzerland: Food Security. ECDPM Discussion Paper No. 166. Maastricht und Brüssel: European Centre for Development Policy Management (ECDPM). <http://ecdpm.org/publications/strengthening-policy-coherence-development-switzerland>.
- 35 Schweizerischer Bundesrat. 2013 Op. cit., S. 10; Foraus – Forum Aussenpolitik. 2014. Gouverner, c'est prévoir – die steigenden Kosten der Schweizer Rohstoffpolitik: Warum es am Rohstoffhandelsplatz Schweiz konsequente Transparenzregeln braucht. <http://www.foraus.ch/#/themen/cl/content-31-Gouverner-cest-prvoir--Die-steigenden-Kosten-der-Schweizer-Rohstoffpolitik>.
- 36 Erdöl-Vereinigung. Jahresbericht 2013. Zürich: Erdöl-Vereinigung. http://www.erdoel.ch/images/com_evdocs/1621_ev_jb13_d.pdf.
- 37 Zum Financial Secrecy Index des Tax Justice Network siehe: Lifting the veil: An index of financial secrecy. The Economist [online]. 2013. <http://www.economist.com/blogs/schumpeter/2013/11/index-financial-secrecy>; Cobham A, Janský P, Meinzer M. 2015. The Financial Secrecy Index: Shedding new light on the geography of secrecy. Economic Geography 91: 281–303. doi:10.1111/ecge.12094.
- 38 Erklärung von Alex Cobham über den freiwilligen Rückzug und die Neuanalyse der Schätzung möglicher Rohstoff-Fehlbewertungen durch Schweizer Unternehmen: <http://www.cgdev.org/blog/how-much-are-developing-countries-losing-commodity-mispricing-really>; sowie die umstrittene Studie selbst: Cobham A, Janský P, Prats A. 2014. Estimating Illicit Flows of Capital via Trade Mispricing: A Forensic Analysis of Data on Switzerland. Center for Global Development Working Paper No. 350. Abgerufen am 7. Oktober 2015. <http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?ots591=0c54e3b3-1e9c-be1e-2c24-a6a8c7060233&lng=en&id=176250>.
- 39 Carbonnier G, Zweynert de Cadena A. 2015. Commodity Trading and Illicit Financial Flows. International Development Policy | Revue internationale de politique de développement [online], Policy Briefs | Working Papers. doi:10.4000/poldev.2054; <http://poldev.revues.org/2054>.
- 40 Africa Progress Panel. 2014. Africa's citizens need a more transparent commodities trade. Remarks to WTO Public Forum 2014. Working Session 16, Edward Harris, Head of Communications, Africa Progress Panel. <http://www.africaprogresspanel.org/africas-citizens-need-a-more-transparent-commodities-trade>.
- 41 Schweizerischer Bundesrat. 2013. Op. cit., S. 7.
- 42 Zur Unternehmenssteuerreform und den vorgeschlagenen Massnahmen siehe: <https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=57551>.
- 43 Zur Umsetzung der 2012 revidierten Empfehlungen der Groupe d'action financière (GAFI) in der Schweiz siehe: <https://www.sif.admin.ch/sif/de/home/dokumentation/finweb/regulierungsprojekte/umsetzung-der-2012-revidierten-empfehlungen-gegen-geldwaescherei.html>.
- 44 Schweizerischer Bundesrat. 2014. Bericht in Erfüllung der Empfehlung 8 des Grundlagenberichts Rohstoffe und des Postulats 133365 «Mehr Transparenz im Schweizer Rohstoffsektor». Bern, Schweiz: Schweizerische Eidgenossenschaft. Zu den Anstrengungen der Schweiz, ihre Gesetze zu börsenkotierten Unternehmen zu «modernisieren», siehe: <http://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/news/2014/2014-11-28.html>.
- 45 Vorentwurf zu den Änderungen des Obligationenrechts (s. insbesondere Art. 964f): <http://www.ejpd.admin.ch/dam/data/bj/wirtschaft/gesetzgebung/aktienrechtsrevision14/vor-entw-d.pdf>; der erläuternde Bericht dazu: <http://www.ejpd.admin.ch/dam/data/bj/wirtschaft/gesetzgebung/aktienrechtsrevision14/vn-ber-d.pdf>.
- 46 Zum Entscheid des Bundesrats in Sachen Aktienrechtsrevision siehe: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-59797.html>; zur Nachhaltigkeitsberichterstattung siehe auch Positionspapier und Aktionsplan des Bundesrates zur Verantwortung der Unternehmen für Gesellschaft und Umwelt vom 1. April 2015, S. 41 (Massnahmen zur Förderung der Transparenz): <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/38880.pdf>.
- 47 Schweizerischer Bundesrat. 2015. Nationaler Aktionsplan der Schweiz 2015 – 2017 zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. In Erarbeitung. Version 15, 13. April 2015.
- 48 Details zur Erarbeitung von Empfehlungen hinsichtlich der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen der Schweizer Rohstoffbranche gibt der Bundesrat in seiner zweiten Berichterstattung zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Grundlagenberichts Rohstoffe vom August 2015 (unter «Empfehlung 11»): <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/40641.pdf>.
- 49 Website der Konzernverantwortungsinitiative: <http://konzern-initiative.ch>.
- 50 OECD. 2013. Op. cit.
- 51 Zum automatischen Austausch von Informationen in Steuersachen mit den EU-Ländern siehe: <https://www.sif.admin.ch/sif/de/home/themen/internationale-steuerpolitik/automatischer-informationsaustausch.html>.
- 52 Schweizerischer Bundesrat. 2013. Op. cit., S. 46.
- 53 Über laufende Aktivitäten in der Schweiz im Zusammenhang mit der OECD-Initiative zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) informiert die zweite Berichterstattung des Bundesrats zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Grundlagenberichts Rohstoffe vom August 2015 (unter «Empfehlung 5»): <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/40641.pdf>.
- 54 Details zum Aktionsplan Grüne Wirtschaft siehe: <http://www.bafu.admin.ch/wirtschaft/03736/12721/index.html?lang=de&msg-id=48071>.
- 55 Vorlage der Änderungen des Umweltschutzgesetzes für die Vernehmlassung: <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/31227.pdf>.
- 56 Details zur Debatte im Nationalrat siehe: http://www.parlament.ch/d/suche/Seiten/legislaturueckblick.aspx?rb_id=20140019.
- 57 Website der Sustainable Trade Initiative: <http://www.idhsustainabletrade.com>.
- 58 Website der BioTrade Initiative: <http://www.biotrade.org>.
- 59 Folgende Studien diskutieren das Dodd-Frank-Gesetz mit Blick auf den Rohstoffhandel: Matfess H. 2012. Dodd-Frank's Cardin-Lugar Amendment Undermined by Weak SEC. Foreign Policy in Focus. http://fpif.org/dodd-franks_cardin-lugar_amendment_undermined_by_weak_sec/; Reilkoff T. 2014. Legislating Corporate Social Responsibility: Expanding Social Disclosure Through the Resource Extraction Disclosure Rule. Minnesota Law Review 98 (6): 2435–78.
- 60 Barth JR, McCarthy D. 2013. What is the likely impact of the Volcker Rule on markets, businesses, investors, and job creation? The Journal of Private Enterprise 28 (2): 63–74.
- 61 Ein Beispiel von Afechtungen des Dodd-Frank-Gesetzes durch Unternehmen siehe: <http://www.theguardian.com/global-development/2015/jul/22/dodd-frank-act-section-1504-natural-resources-extractive-industries-oil-api-sec>.
- 62 Richtlinie 2013/34/EU einschliesslich Bestimmungen zur Offenlegung von Zahlungen an ausländische Regierungen pro Land (und sogar pro Projekt) siehe: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ.L.2013:182:0019:0076:DE:PDF>.
- 63 Richtlinie 2014/95/EU einschliesslich Bestimmungen zur gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen siehe: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32014L0095>.
- 64 Richtlinie 2013/50/EU zur Transparenz: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013L0050>.
- 65 OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen: <http://mneguidelines.oecd.org/text>.
- 66 OECD-Verrechnungspreisleitlinien für multinationale Unternehmen und Steuerverwaltungen: <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/oecd-verrechnungspreisleitlinienformultinationaleunternehmenundsteuerwaltungen.htm>.
- 67 OECD Base Erosion and Profit Sharing Initiative: <http://www.oecd.org/ctp/beps.htm>; einige Informationen auf Deutsch siehe: <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/beps-bericht.htm>.
- 68 Zum OECD-Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) siehe: <http://www.oecd.org/tax/aktionsplan-zur-bekampfung-der-gewinnverkurzung-und-gewinnverlagerung-9789264209688-de.htm>.
- 69 Relevante Besprechungen der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) bieten die folgenden Artikel: Corrigan C. 2014. Breaking the resource curse: Transparency in the natural resource sector and the Extractive Industries Transparency Initiative. Resources Policy 40:17–30. doi:10.1016/j.resourpol.2013.10.003; Caspary G. 2012. Practical steps to help countries overcome the resource curse: The Extractive Industries Transparency Initiative. Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations 18 (2): 171–84. doi:10.5555/1075-2846-18-2-171; Short C. 2014. The development of the Extractive Industries Transparency Initiative. Journal of World Energy Law & Business 7 (1): 1–8. doi:10.1093/jwelb/jwt026; Kolstad I, Wiig A. 2009. Is transparency the key to reducing corruption in resource-rich countries? World Development 37 (3): 521–32. doi:10.1016/j.worlddev.2008.07.002.
- 70 Wie die Förderung von Transparenz und die Eindämmung illegitimer Finanzflüsse armen Ländern helfen können, ihre Ressourcen für die Entwicklung zu mobilisieren, beschreibt folgende Publikation: OECD. 2014. Illicit Financial Flows from Developing Countries: Measuring OECD Responses. http://www.oecd.org/corruption/Illicit_Financial_Flows_from_Developing_Countries.pdf.
- 71 Cottier T. 2012. The emerging principle of common concern: A brief outline. Multilevel Governance of Interdependent Public Goods: Theories, Rules and Institutions for the Central Policy Challenge in the 21st Century. Petersmann E-U, Hrsg. EUI Working Papers RSCAS No. 23, 185–93.
- 72 Lein B, de Roquefeuil Q, van Seters J. 2014. Strengthening Policy Coherence for Development in Switzerland: Food Security. ECDPM Discussion Paper No. 166. Maastricht und Brüssel: European Centre for Development Policy Management (ECDPM). <http://ecdpm.org/publications/strengthening-policy-coherence-development-switzerland>.
- 73 Bürgi Bonanomi E. 2015. Sustainable Development in International Law Making and Trade. Cheltenham: Edward Elgar Publishing. ISBN: 9781784717261. <http://www.e-elgar.com/shop/sustainable-development-in-international-law-making-and-trade>.
- 74 Zu den Anstrengungen für bessere Rechenschaftspflichten bezüglich Menschenrechte siehe: <http://business-humanrights.org/de/plattform-ma%C3%9Fnahmen-der-regierung>.
- 75 Byiers B, Bessems J. 2015. Costs if You Do, Costs if You Don't: Promoting Responsible Business and Reporting – Challenges for Policy Makers. ECDPM Discussion Paper No. 176. Maastricht und Brüssel: European Centre for Development Policy Management (ECDPM). http://ecdpm.org/wp-content/uploads/DPI76_Costs-If-You-Do-May-2015-Final-ECDPM.pdf.
- 76 Zur freiwilligen Transparenz des Unternehmens Trafigura siehe: <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Trafigura-bringt-Branche-in-Zugzwang/story/24797076>.
- 77 Van der Ploeg F. 2011. Natural Resources: Curse or Blessing? Journal of Economic Literature 49 (2): 366–420.